

Resolution des BSA - Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen Intellektueller und KünstlerInnen zum Reformparteitag der SPÖ am 6.&7. Oktober 2018

12 Thesen zur europäischen Finanzmarktregulierung

Aus sozialdemokratischer Sicht soll Finanzmarktpolitik der Realwirtschaft dienen und für Krisenprävention und damit Systemstabilität sorgen. Der G20-Gipfel 2009 in Pittsburgh hat sich, in Reaktion auf die Finanzkrise 2007/2008 hohe Ziele in Sachen Finanzmarktregulierung gesteckt. Während unbestreitbare Fortschritte – höhere Kapitalquoten, intensivere Bankenaufsicht – erzielt wurden, blieb vieles nur Stückwerk. Nachdem die Finanzkrise überwunden scheint, werden immer mehr Stimmen nach Deregulierung und weniger Aufsicht laut, die teils auch Gehör in der Politik finden. Die Sozialdemokratie muss sowohl der fragmentierten Regulierung als auch der Tendenz zur Deregulierung – und damit dem Beginn der nächsten Krise – entschieden begegnen.

Der 44. Bundesparteitag der SPÖ fordert daher:

Für die Sozialdemokratie ist es wichtig, das Feld der Finanzmarktregulierung nicht konservativen, neoliberalen Kräften – sei es durch PolitikerInnen, BankmanagerInnen oder so genannten ExpertInnen – zu überlassen.

Sozialdemokratische Finanzmarktpolitik kann nur europäisch konzipiert sein. Agieren ausschließlich auf nationaler Ebene ist nicht erfolgsversprechend. Sie muss der sozialen Gerechtigkeit, Realwirtschaft, Krisenprävention und damit Finanzstabilität dienen.

Die folgenden 12 Thesen sollen als Leitfäden einer sozialdemokratischen Finanzmarktpolitik im 21. Jhd dienen, um eine sozial gerechte und ökonomisch stabile Finanzmarktwirtschaft zu ermöglichen:

1. Mut zur Einfachheit!

Komplexität auf den Märkten wird durch Komplexität der Regulierung begegnet: Komplexität nützt den FinanzmarktakteurInnen, da sie erfolgreich Lobbying bzw. Gerichtsverfahren nutzen, um Ausnahmen bzw. Schlupflöcher zu finden. Komplexität führt zu noch mehr „too big to fail“, da sich nur die großen Unternehmen die Compliance- und Rechtsberatung leisten können, um diese Regulierung zu verstehen und optimal anzuwenden. Der Mut zur Einfachheit fehlt: Wollte man wirklich effektive Regulierung, so müssten gewisse Produkte und Praktiken schlicht untersagt bzw. wesentlich strikter reglementiert werden. Dazu fehlt der politische Wille und Mut. Die Politik scheint den LobbyistInnen des Finanzkapitals zu glauben, dass das Kapital ein scheues Reh sei und vor zusätzlicher Regulierung aus Europa fliehe. Dabei unterschätzt die Politik ihre eigenen Handlungsspielräume und hat Angst davor, grundlegende Regeln einzuführen und zu vollziehen. Die Sozialdemokratie muss sich daher für einfache, verständliche Regulierung und effektiven Vollzug derselben einsetzen.

2. Im Austausch mit der Wissenschaft effektive Lösungen finden!

„Too big to fail“ ist nach wie vor Realität: Das Versprechen, riesige Finanzunternehmen so zu zerteilen, dass sie nicht mehr zu groß sind, um geordnet abgewickelt zu werden bzw. in Insolvenz zu gehen, wurde nicht eingelöst. Riesen wie die Deutsche Bank würden nach wie vor zu gravierenden systemischen Krisen führen, sollten sie in ernsthafte wirtschaftliche

Schwierigkeiten geraten. Dieses Marktversagen wird auch nicht durch Wettbewerbsrecht korrigiert. Die Politik muss im Austausch mit der Wissenschaft effektive Lösungen erarbeiten.

3. **Kein Steuergeld für Bankenrettung!**

Bail-in statt bail-out funktioniert (noch) nicht: Vor der Finanzkrise wurden die hohen Gewinne von wenigen AktionärInnen lukriert. Während der Finanzkrise wurden die massiven Verluste oft von der öffentlichen Hand getragen und damit sozialisiert. Es war ein großes Versprechen der Politik, dass in Zukunft nie wieder Steuergeld zur Bankenrettung verwendet werden würde. Wie jüngste Beispiele zeigen, ist die Einlösung dieses Versprechens bisher bestenfalls zweifelhaft. Die Politik muss den Mut finden, GläubigerInnen zur Verlusttragung heranzuziehen und ihnen somit klarzumachen, dass höhere Verzinsung bzw. Rendite immer mit höherem Risiko einhergeht. Es ist wichtig, das geregelte Ausscheiden von Banken aus dem Markt wenn notwendig zu ermöglichen. Dabei müssen Mechanismen geschaffen werden, um zu verhindern, dass KleinanlegerInnen überproportional Bankenrisiken finanzieren (im Vergleich zu GroßaktionärInnen). Bestehende Lücken im europäischen Rechtsrahmen dürfen nicht zur Aushöhlung des Verursacherprinzips führen.

4. **Gegen reine Finanzspekulationen auftreten!**

Eine Debatte über die gesellschaftlich wünschenswerte Struktur des Finanzsystems wurde nicht geführt – nach wie vor wird mit Einlagen von SparerInnen spekulatives und riskantes Investmentbanking in ein und derselben Bank „quersubventioniert“. Das an sich wichtige und notwendige System der Einlagensicherung trägt zur Verzerrung des Risikos und damit zu spekulativerem Verhalten sowohl auf Seite der Bank als auch bei den SparerInnen bei. Abgesehen von Versuchen der neuen EZB-Bankenaufsicht, in einigen wenigen problematischen Banken „aufzuräumen“, kam es bisher zu keiner fundamentalen Änderung der Bankenlandschaft. Nach wie vor bestimmt eine Reihe von Großbanken das Marktgeschehen und nicht selten auch die politische Agenda. Andererseits kämpfen kleine Genossenschaftsbanken ums Überleben, verschweigen jedoch, dass sie oft über konzernartige Verflechtungen an denselben spekulativen Geschäften wie viele Großbanken partizipieren. Die Sozialdemokratie muss eine der Realwirtschaft dienende Vision des Finanzsystems entwickeln und vertreten und gegen reine Finanzspekulation vorgehen.

5. **Faire Märkte garantieren!**

Die generelle Rolle der Bank als Finanzintermediärin wurde nicht hinterfragt. Weshalb Kreditvergabe und Einlagenhaltung im Internetzeitalter immer noch so wie vor Jahrzehnten organisiert sein soll, ist zumindest kritisch zu diskutieren. Derzeit läuft die Politik Gefahr, von der Entwicklung im Bereich Digitalisierung und Fintech überrollt zu werden, die zusehends von US-amerikanischen Internetgiganten getrieben wird, wo traditionelles Wettbewerbsrecht möglicherweise nicht ausreicht, um faire Märkte zu garantieren. Insbesondere muss die Sozialdemokratie prüfen, ob staatliche Lösungen nicht privatwirtschaftlichen – ähnlich wie im Falle anderer öffentlicher Versorgungseinrichtungen – überlegen wären (im Gegensatz zu öffentlichen Förderbanken für Unternehmen gibt es keine solchen öffentlichen Förderbanken für Privatpersonen).

6. **Strengere Regeln für Lobbyismus!**

LobbyistInnen des Finanzkapitals haben immensen Einfluss auf Regulierung: LobbyistInnen der Banken, Versicherungen und WertpapierdienstleisterInnen setzen in den europäischen Institutionen viel zu oft ihre Anliegen durch. Gleiches gilt für nationale Regierungen, wo die Finanzministerien nur allzu oft die Interessen der VertreterInnen heimischer Bankkonzerne mit dem „nationalen (pseudo-öffentlichen) Interesse“ gleichsetzen. Die Anliegen der KonsumentInnen, SparerInnen und ArbeitnehmerInnen haben hier keine Stimme in Europa. Die

Sozialdemokratie muss strengere Regeln für Lobbyismus und mehr Transparenz durchsetzen sowie die Interessen von KonsumentInnen und SparerInnen vertreten.

7. Unabhängige Forschung gewährleisten!

Unabhängige Expertise im Finanzmarktbereich ist rar und nicht immer leicht zu erkennen. Nicht wenige vorgeblich nur der Wissenschaft verpflichtete ExpertInnen und Institute haben ein (teilweise nicht offengelegtes) Naheverhältnis zur Finanzindustrie und sind z.B. über Vortragstätigkeiten und Drittmittelzuwendungen von dieser wirtschaftlich abhängig. Kritische WissenschaftlerInnen, die sich gegen den Mainstream stellen, riskieren damit manchmal sogar ihre Anstellung. Gerade für ein Feld, in dem wirtschaftlich dermaßen große Summen für die Gesellschaft auf dem Spiel stehen, muss die Politik für unabhängige Forschung und fachliche Beratung sorgen und entsprechende Einrichtungen und Stellen langfristig öffentlich finanzieren.

8. Über Einschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit diskutieren!

Kapitalverkehrsfreiheit ist weder Selbstzweck noch unantastbar: Einschränkungen sind unter gewissen Bedingungen geboten: während in der Griechenland- und Zypernkrise plötzlich das Tabu der Beschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit fiel, um KleinanlegerInnen zu beschränken, gibt es keinen politischen Willen und/oder Mut, dies auch für alle – insbesondere große FinanzmarktakteurInnen zu tun. Die Sozialdemokratie sollte im Austausch mit der Wissenschaft über die Notwendigkeit von Einschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit reflektieren, wo dies zur Durchsetzung effektiver Finanzmarktregulierung notwendig ist.

9. Finanztransaktionssteuer muss endlich Realität werden!

Gewinne, die auf Finanzmärkten erzielt werden, werden momentan nicht gerecht versteuert: Arbeitende Menschen schultern die schwerste Steuerlast, die FinanzmarktakteurInnen leisten keinen fairen Anteil am Steueraufkommen. Die Finanztransaktionssteuer wäre ein Schritt in die richtige Richtung und muss endlich Realität werden. Weiters müssen grenzüberschreitenden Transaktions- und Firmenkonstruktionen zur Steuerflucht verboten werden. Die Sozialdemokratie muss sich für eine gerechte Steuerbelastung aller FinanzmarktteilnehmerInnen einsetzen.

10. Selbstverständliche Finanzbildung für alle!

Finanzbildung (financial literacy) erreicht nur einen Bruchteil der Bevölkerung: Um Menschen zu ermöglichen mündige KonsumentInnen zu sein, muss Finanzbildung Teil der Pflichtschulbildung sein. Jede/r muss wissen, dass mehr Ertrag nur in Verbindung mit mehr Risiko erzielbar ist. Finanzbildung darf jedoch nicht als Alibi dienen, die Verantwortung den KonsumentInnen zu übertragen, während die FinanzmarktakteurInnen das Risiko dann nicht tragen. Die Sozialdemokratie muss sich für Finanzbildung in allen Pflichtschul-Lehrplänen und im Bildungsauftrag des ORF einsetzen.

11. Stärkung der europäischen Bankenunion!

Die Europäische Bankenunion ist noch Stückwerk: Europäische Krisen, inkl. globaler Krisen mit Auswirkungen auf Europa erfordern eine europäische Lösung. Es ist aus sozialdemokratischer Sicht von zentraler Bedeutung den Auf- und Ausbau der europäischen Bankenunion zu stärken: Die Bankenunion, bestehend aus den drei Säulen gemeinsame Aufsicht, Abwicklung von Banken und gemeinsame Einlagensicherung, befindet sich im Aufbau. Schnelle Erfolge konnten bereits im Aufbau der gemeinsamen Aufsicht erzielt werden, indem die EZB als bestehende und mächtige europäische Institution für die gemeinsame Aufsicht zuständig ist. Der Aufbau eines europäischen Abwicklungssystems mit insbesondere einem gemeinsamen Abwicklungsfonds zur Verhinderung der Belastung der öffentlichen Hand [siehe These 2 und 3] ist ein Wettlauf gegen die Zeit. Eine neuerliche Finanzkrise könnte das System noch nicht auffangen. Die

europäische Einlagensicherung als dritter Baustein zum gesamteuropäischen Schutz von Ersparnissen bis Euro 100.000 fehlt noch. Die europäische Bankenunion muss dringend vervollständigt werden.

12. Das Primat der Politik im Auftrag der Gesellschaft zurückzuerobern!

Die Politik hat das Primat über die Wirtschaft verloren: Obwohl viele FinanzmarktakteurInnen nur durch Interventionen der öffentlichen Hand – und häufig durch Steuergeld – gerettet wurden, lässt sich die Politik zu oft mit Pseudo-Horrorszenarien wie einer angeblich drohenden „Kreditklemme“ von sinnvollen Regulierungsmaßnahmen wie Verboten bestimmter Produktkategorien oder Praktiken abbringen. Das Primat der Politik im Auftrag der Gesellschaft zurückzuerobern, muss das übergeordnete Ziel sozialdemokratischer Finanzmarktpolitik sein.